

Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge verfehlt ihr Ziel

# Die „tägliche Demütigung“

Petra Kappe

**Berlin.** Die Verlängerung der Stichtagsregelung soll eine Welle von Abschiebungen vermeiden. Kurz vor den Bundestagswahlen setzen die Kirchen auf schnelle Hilfe. Auf lange Sicht fordern sie ein menschlicheres Gesetz.

Der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Alfred Buß, plädiert im Gespräch mit der WR für eine Entscheidung, die den Menschen die „tägliche Demütigung“ erspart. Nur wer eine Perspektive habe, könne sein Leben gestalten, sagt Buß.

Er wirft der Politik vor, mit der Regelung vor allem „die Leute von den Sozialkassen fernhalten“ zu wollen. Der Tenor sei: „Nur wer Deutschland nichts kostet, darf bleiben.“ Buß kritisiert: „Die Aus-

schlussgründe sind zu eng gefasst.“ Die Abschiebungen von Menschen, die hier geboren, in den Kindergarten oder zur Schule gegangen sind, sei auch deshalb widersinnig, weil auf der anderen Seite Zuwanderung gebraucht werde.

Das Gesetz regelt, dass, wer mindestens sechs Jahre bzw. als Alleinstehender acht Jahre hier lebt, ein Aufenthaltsrecht erlangen kann. Caritas und Diakonisches Werk stellen in ihrem gestern veröffentlichten Erfahrungsbericht fest, dass die Hürden für viele unüberwindbar sind. „Beispielsweise die Stichtage zum Nachweis der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und die strengen Anforderungen an die eigenständige Lebensunterhaltssicherung oder an die Mitwirkungspflichtigen werden für viele der Betroffenen nicht erfüllbar

sein“. Ohne Änderungen der Regelung werde „die Mehrzahl der Menschen an den strengen Kriterien scheitern“.

Der Rückfall in die Duldung wäre in der Regel die Folge. Vielen drohe erneut die Abschiebung. „Nicht in eine vermeintliche Heimat, sondern in die Fremde“, unterstreicht der westfälische Präses Buß, der auf ein entsprechendes Gutachten des Arnsberger Regierungspräsidenten Helmut Diegel verweist. Die Betroffenen seien hier aufgewachsen und integriert, sagt der Theologe, der in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) die Kommission für Migration und Integration leitet. Sein Appell, den auch Weihbischof Josef Voß als Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz mitträgt: „Lasst sie hier leben.“